

Neueste Nachrichten

Zugleich Gengenheimer, Oberstedten-Dornholzhausener, Seulberger, Friedrichsdorf-Röpperner Neueste Nachrichten - Taunuspost

Bezugspreis: 1.50 Rmk. monatlich ausschließlich Trägerlohn. Erscheint wöchentlich. — Bei Ausfall der Lieferung ohne Verschulden des Verlags oder infolge von höherer Gewalt, Streit etc. kein Anspruch auf Entschädigung. Für unbenutzte eingekaufte Exemplare übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr. — Einzelnummern: 10 Pf.

2707 - Fernsprech-Anschluß - 2707

Preisanzeiger für den Obertaunuskreis

Bad Somburger Tageszeitung und Anzeiger
Bad Somburger Lokal- und Fremden-Blatt

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Bad Homburg, Dorotheenstraße 24

Anzeigenpreis: Die einseitige 30 mm breite Nonpareilzeile kostet 20 Pf. Lokale Gelegenheitsanzeigen nach besonderem Tarif. — Die 88 mm breite Nonpareil-Necklamelle kostet 1.—, zwischen Text 1.50 Rmk. — Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen nach Möglichkeit aber ohne Gewähr. — Offertgebühr 50 Pf.

Postfachkonto 398 64 Frankfurt a. M.

Nummer 109

Mittwoch, den 11. Mai 1932

7. Jahrgang

Frankreichs neuer Präsident.

Lebrun im ersten Wahlgang zum Präsidenten der Republik gewählt. — 633 von 826 Stimmen. — Kandidatur Poincaré zurückgezogen. — Ruhiger Verlauf des Wahlaktes.

Verfaillies, 11. Mai.

Am Dienstagmorgen 2 Uhr trat in Versailles die französische Nationalversammlung zur Wahl des neuen Präsidenten der französischen Republik zusammen.

Senatspräsident Albert Lebrun wurde im ersten Wahlgang mit 633 von insgesamt 826 Stimmen, also mit absoluter Mehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt. Der Sozialist Faure erhielt 114, Poincaré 12, der Kommunist Cachin 3 Stimmen. Ein Teil der Abgeordneten enthielt sich der Stimme. Das Wahlergebnis wurde um 16.35 Uhr verkündet.

Die kurze Eröffnungsansprache des Präsidenten der Nationalversammlung hatte folgenden Wortlaut: „Der Präsident der Republik ist tot. (Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen.) Ein Verbrechen ist verübt worden,

das Frankreich in Trauer stürzt und in der ganzen Welt Abscheu erregt. Die Parlamente vieler Länder haben mich gebeten, Ihnen gegenüber das Sprachrohr Ihres Mitgefühls zu sein. Als Vorstehenden unserer beiden Kammern werden zu gegebener Zeit dem Gefühl der Volksvertreter Ausdruck verleihen. Heute will ich mich nur in Ihrem Namen vor der lokalen und vornehmen Persönlichkeit Paul Doumer verneigen und seinen durch das Verbrechen trauernden Angehörigen das Beileid der Nationalversammlung aussprechen.“ (Starker lebhafter Beifall.)

Der Verlauf des Wahlaktes.

Die Wahl des Präsidenten der französischen Republik erfolgt nicht, wie die des deutschen Reichspräsidenten unmittelbar durch das Volk, sondern durch das Parlament. Die beiden Häuser des Parlaments — Kammer und Senat — versammeln sich als „Nationalversammlung“ im Schloß zu Versailles und wählen ohne Aussprache den Präsidenten in geheimer Wahl.

Schon am frühen Vormittag wurde es am Dienstag lebhaft in Versailles. Regimenterweise marschierten Infanterie und Kavallerie auf und sperrten den Platz vor dem Schloß im weiten Umkreis ab. Zahlreiche Schaulustige sammelten sich hinter den Truppenreihen. Sämtliche Zugänge zum Schloß waren polizeilich und militärisch abgesperrt. Die Kontrolle war äußerst streng. Niemand konnte ohne einen auf den Namen ausgestellten Ausweis in die Nähe des Schlosses gelangen.

Die Bahnhöfe und Brücken zwischen Versailles und Paris wurden von Militär in selbstmarschmäßiger Ausrüstung bewacht. Ohne Störung erfolgte

die Ansahrt der Minister und der Mitglieder der Nationalversammlung.

Wie üblich trafen sich in den großen Hotels, vor allem dem Trianon-Palais, die oberen Zehntausend von Paris, unter ihnen die Botschafter und Gesandten der fremden Mächte. Ohne besondere Spannung und Erwartung verlief der große Tag im Gegenfah zur letzten Präsidentenwahl als der Name Briand die Menge anzog, die Kopf an Kopf in großer Erregung auf die Entscheidung wartete. Wenige Minuten nach 14 Uhr

eröffnete der Senatspräsident Lebrun die Nationalversammlung.

mit der Verlesung der Dekrete. Nach alter Tradition stieg er darauf ein Papirmesser zwischen die Seiten eines geschlossenen Buches und schlug dann den vom Schicksal bestimmten Buchstaben auf, mit dem die Abstimmung beginnen soll. Heute ist es der Buchstabe M und als erster Schritt der Abg. Malon an die Urne. Da Poincaré seine Kandidatur zurückgezogen hatte, ist

Lebrun der einzige ernsthafteste Kandidat.

Die Gegenkandidaturen Paul Faure (Sozialist) und Cachin (Kommunist) haben nur formelle Bedeutung.

Die Wahlhandlung selbst verlief ohne Zwischenfall, langweilig und einseitig. Der neue Staatspräsident Lebrun hat sich in Begleitung des Ministerpräsidenten und gefolgt von einer Ehrengarde zu Pferde im Automobil nach Paris begeben, wo sein erster Besuch den sterblichen Überresten seines Vorgängers galt, der im Elysée aufgebahrt ist.

Präsident Lebrun.

Albert Lebrun, der neue Präsident von Frankreich, steht im 61. Lebensjahre. Er stammt aus der lothringischen Stadt Briey und ist von Beruf Ingenieur. Schon frühzeitig trat er in die Politik ein. 1900 wurde er in die fran-

zösische Kammer gewählt. 1906 wurde er im Ministerium Cailleau Kolonialminister und verwaltete dieses Amt auch unter dem nachfolgenden Ministerpräsidenten. Während des Krieges war er Blockademinister. Im Jahre 1919 schied Lebrun aus der Abgeordnetenkammer aus, nachdem er in den Senat, das Oberhaus des Parlaments, gewählt war. 1926 wurde Lebrun von dem damaligen Ministerpräsidenten Poincaré zum Präsidenten der Amortisationskasse ernannt.



Der Senat wählte ihn im gleichen Jahre zum Vizepräsidenten. Als der Senatspräsident Doumer im Mai 1930 zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, wurde Lebrun sein Nachfolger als Senatspräsident. Jetzt hat ihn die Nationalversammlung — wiederum als Nachfolger Doumers — zum Präsidenten der Republik gewählt und ihm damit das höchste Amt anvertraut, das in Frankreich zu vergeben ist. Lebrun ist ein ausgeprägter Rechtspolitiker, er hat sich allerdings in den letzten Jahren parteipolitisch nicht mehr sehr stark betätigt.

Nach Lebruns Wahl.

Befriedigung in Frankreich. — Die Abstimmung der Radikalen.

Paris, 11. Mai.

Das Ergebnis der Präsidentenwahl wird in der französischen Öffentlichkeit mit großer Befriedigung aufgenommen, da man in Lebrun einen würdigen und erfahrenen Vertreter Frankreichs erblickt. Der neue Staatspräsident ist eine sehr repräsentative Erscheinung, und gilt als wohlhabend. Seine politische Rechtsstellung ist der großen Masse der Bevölkerung vollkommen gleichgültig, da der Präsident ja aus jeder Parteipolitik vollkommen ausscheidet und auf das praktische politische Leben im wesentlichen nur einen vermittelnden Einfluß hat.

Schließlich begründet man es, daß die Radikalsozialisten die Kandidatur des Sozialisten Faure nicht unterstützt haben. Man glaubt hieraus Schlüsse auf die zukünftigen Absichten Herriots ziehen zu können. Wenn Herriot auf das Karstell eingeschworen wäre, hätte er von seiner Partei zum mindesten Stimmhaltung fordern müssen.

Da von 826 Mitgliedern der Nationalversammlung nur 767 gültige und 10 ungültige Stimmzettel abgegeben worden sind, haben sich tatsächlich 49 Volksvertreter der Stimme enthalten, worunter sich eine Anzahl der dem linken Flügel der Partei angehörenden Radikalsozialisten befinden mögen. Die Zahl ist jedoch so gering, daß sie auf die Gesamtentscheidung kaum einen Einfluß ausüben können. Der Sozialist Faure hat 114 Stimmen auf sich vereinigt. Da an der Nationalversammlung etwa 126 Sozialisten aus Kammer und Senat teilnehmen, ist er sogar von seinen Parteifreunden nicht ganz einstimmig gewählt worden.

Gleich nach Beendigung der Nationalversammlung begab sich der neue Präsident in den Marengo-Saal des Versailles Schlosses, wo ihm Ministerpräsident Lardieu die Macht übergab. Nach dieser Zeremonie schritten die Senatoren und Abgeordneten zur Beglückwünschung am Präsidenten der Republik vorbei.

Kabinet Lardieu zurückgetreten.

Nachdem der neue Präsident Lebrun seine Amtsräume im Palais Luxemburg bezogen hatte, überreichte ihm Ministerpräsident Lardieu das Rücktrittsgesuch. Der Präsident hat das Gesuch angenommen.

Reichstag und Reichspolitik.

Konstitutionsbereitschaft der Nationalsozialisten? — Das Schulden Tilgungsgesetz angenommen.

Berlin, 11. Mai.

Am Dienstag setzte der Reichstag die Beratung des Schulden Tilgungsgesetzes in Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache fort. Bei Eröffnung der Sitzung teilte Präsident Loh mit, daß von dem Präsidenten der französischen Kammer ein Dankestelegramm für das Beileid des Reichstags aus Anlaß der Ermordung des französischen Staatspräsidenten eingegangen sei.

In der anschließenden Aussprache zum Schulden Tilgungsgesetz bezeichnete

Abg. Bang (DN.)

die Reichstagsdebatte als eine Farce, da die Regierung entschlossen sei, den Haushalt im Falle seiner Ablehnung durch Rotverordnung zu verhängen. Seit 13 Jahren lebe bei uns die Politik von der Wirtschaft mit dem Erfolge, daß die Finanzen die Wirtschaft erschlagen und an der Wirtschaft die Finanzen freierten. Angesichts der zu erwartenden Steuerausfälle und der Tatsache, daß demnächst die Steuern nur noch mit dem Ueberfallkommando eingetrieben werden könnten, bleibe nur noch der Wunsch, daß der Zusammenbruch dieses Systems nicht gleichbedeutend sei mit dem Zusammenbruch des deutschen Volkes.

Abg. Baltrusch (Volksnat.)

Nimmte dem Schulden Tilgungsgesetz mit Einfluß des Kreditermäßigungsgesetzes zu und bemerkte, daß ohne die Befreiung der Tributzahlungen eine Wiederbelebung der Wirtschaft nicht möglich sei. Der Redner lehnte sich weiter für eine Verstärkung der ländlichen Siedlung und für die Einhebung arbeitsloser Industriearbeiter des Westens in die ländliche Siedlung ein.

Abg. Straßer (NSDAP.)

entwickelte sodann in etwa eineinhalbstündiger Rede das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungs- und Finanzierungsprogramm. Einleitend führte er hierbei aus, der nationalsozialistische Aufruf sei der Protest des Volkes gegen den Staat, der das Recht auf Arbeit und die Wiederherstellung des Nationalgefühls behindere. Die von der Sozialdemokratie befürwortete Arbeitszeitverkürzung bedeute praktisch einen Lohnabbau von 16 Prozent, eine Verminderung der Kaufkraft und eine Verringerung der Arbeitsmöglichkeit. Nicht Kapital schaffe Arbeit, sondern Arbeit schaffe Kapital. Zu fordern sei eine großzügige Wohn- und Bevölkerungspolitik und die Anwendung des Arbeitsdienstes bei der Bodenverbesserung. Durch Meliorationen erhöhten wir den Reichtum des Volkes und bräuchten dazu nichts, als die Mobilisierung der Arbeitskräfte. Durch die Urbarmachung brach liegender Flächen würden jährlich für 100 000 Menschen neue Siedlungsmöglichkeiten geschaffen. Am Schluß seiner Ausführungen befaßte sich der Redner mit einer weiteren Erklärung der Nationalsozialisten zur Teilnahme an der Regierung. Wenigstens wurden folgende Sätze Straßers vom Hause in diesem Sinne aufgefaßt und mit großer Aufmerksamkeit angehört. Wörtlich führte der Redner der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion folgendes aus:

Wir haben von jeher nicht bezweifelt, daß Reichskanzler Brüning mit festem Willen an die Bewältigung der Probleme herangegangen ist. Aber er hat sich dabei mit Parteien verbündet, mit denen man einfach nicht zusammen gehen kann. Regieren, Herr Reichskanzler, kann man nur mit großen Parteien, die weitgehend diszipliniert sind und die das Vertrauen der Massen des deutschen Volkes haben. Dieses Vertrauen haben wir uns erworben, indem wir unsere Bewegung aus nichts gegen Sie alle aufgebaut haben. Die Erfüllung unserer Aufgabe gebe uns der Herrgott. Das Urteil überlassen wir der Geschichte! (Langanhaltendes Geknäufeln und Heil-Rufe bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Hepp (Landvolk)

kritisierte die allgemeine Wirtschaftspolitik der Reichsregierung und brachte die Wünsche der Landbevölkerung zum Ausdruck. Die Bearbeitung der Siedlungspolitik müsse aus dem ressortmäßigen Wirrwarr herausgenommen, der Freiwirtschaftliche Arbeitsdienst müsse endlich in Angriff genommen werden.

Die Abstimmung.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloß der Präsident die erste Lesung des Schulden Tilgungsgesetzes und das Haus schritt zur Abstimmung. In dieser wurde der Antrag auf Ueberweisung an den Haushaltsausschuß mit 264 gegen 209 Stimmen abgelehnt. In zweiter Lesung wurden dann die Paragraphen 1 bis 7 des Gesetzes gegen die Rechte und die Kommunisten angenommen.

Paragraph 8, der die Kreditermächtigung enthält, wurde im Himmelsprung mit 245 gegen 224 Stimmen angenommen. Auch der letzte Paragraph des Schuldentilgungsgesetzes wurde dann angenommen. Damit war die zweite Lesung des Schuldentilgungsgesetzes beendet.

Nach Erledigung des Schuldentilgungsgesetzes folgte das Haus die allgemeine politische Aussprache fort, wobei

Abg. Grafmann (Soz.)

zunächst der nationalsozialistischen Behauptung entgegentrat, die Vorwürfe wegen landesverräterischer Äußerungen in der nationalsozialistischen Presse seien unwahr. Zur Wirtschaftspolitik übergehend bemerkte der Redner, es gebe zur Zeit in Deutschland mehr wie doppelt so viel Direktoren wie vor dem Kriege und im Jahre 1929 hätten 100 000 Aufsichtsratsmitglieder so viel an Tantiemen bezogen, wie die Aktiengesellschaften an Dividenden an ihre Aktionäre, nämlich fast zwei Milliarden Mark, ausgeschüttet haben. Um der Erwerbslosigkeit abzuwehren, verlange daher die Sozialdemokratie die Verkürzung der Arbeitszeit verbunden mit einem Einstellungszwang unter gleichzeitiger Verhinderung einer Gewinnsteigerung der Unternehmer.

Abg. Goering (NSDAP.)

erinnerte daran, daß sich das Kabinett Brüning vor zweieinhalb Jahren als Kabinett der Frontsoldaten vorgestellt habe, es habe sich aber gezeigt, daß es nur ein Kabinett der Illusionen sei. Mit der Teilnahme an internationalen Verhandlungen könne die Lage des Volkes nicht gebessert werden, wenn nicht durch eine gute Politik im Innern die Möglichkeiten geschaffen werden, an solchen Verhandlungen mit Erfolg teilzunehmen. Die wirkliche Bedeutung der Brüning'schen Außenpolitik sei an Danzig und Memel erkennbar. Nirgends sei hier ein Erfolg zu sehen und wenn in Memel sich die deutsche Richtung durchgesetzt habe, so sei das kein Signum Brüning, sondern das Signum Hitlers. Das gleiche sei auch in Danzig der Fall, das nicht in polnische Hände fallen werde, so lange die NSDAP. da sein werde. Zur Abrüstungskonferenz übergehend bemerkte der Redner, es sei bedauerlich, daß ein italienischer Außenminister sagen mußte, was Aufgabe eines deutschen Ministers gewesen wäre. So hat sich der Abg. Goering eingehend mit dem SM-Verbot und führte aus, die SM hätte niemals Waffen besessen. Sie hätte ausschließlich dem politischen Schutz gegen jeden Mordterror gedient, was dem Reichskanzler und dem Wehrminister bekannt gewesen wäre. Dieser Organisation Landesverrat vorzuwerfen, sei energisch zurückzuweisen. Für Landesverrat sei die Sozialdemokratie zuständig. (Stärkste Unruhe links, Ordnungsruf.) Der Redner richtete dann an den Kanzler die Frage, ob es richtig sei, daß Botschafter von Hoelz wiederholt in dringenden Telegrammen das SM-Verbot mit Rücksicht auf die Abrüstungsverhandlungen gefordert habe und verlangte abschließend den Rücktritt des Kabinetts, damit Deutschland leben könne.

Das Arbeitsprogramm des Reichstages

Berlin, 11. Mai.

Der Ältestenrat des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit den weiteren Plänen für die Plenarverhandlungen. Es ist damit zu rechnen, daß die Plenarverhandlungen des Reichstages noch vor Pfingsten am Donnerstag abgeschlossen werden. Am gleichen Tag wird dann noch der auswärtige Ausschuss zusammentreten, da Staatssekretär Rüden der Ältestenrat das Einverständnis des Reichstages zu einer solchen Verhandlung mitgeteilt hat.

Die Kommunisten beantragten, den Reichstag bereits am 23. Mai wieder zusammenzuberufen zur Vornahme der ersten Lesung des Haushalts und zur Beratung anderer Gegenstände. Gegen die Antragsteller, die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten wurde dieser Antrag abgelehnt. Man rechnet nun damit, daß die Plenarverhandlungen des Reichstages am 6. Juni fortgesetzt werden. Dann wird das Haus die erste Lesung des neuen Haushaltsplans durchführen.

Gördeler wird Reichswirtschaftsminister.

Die Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen.

Berlin, 11. Mai.

Wie verlautet, ist damit zu rechnen, daß der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Gördeler Ende dieser Woche zum Reichswirtschaftsminister ernannt wird als Nachfolger für Prof. Warmbold. Erst wenn auf diese Weise das Reichskabinett wieder vervollständigt ist, rechnet man in politischen Kreisen mit der Inangriffnahme insbesondere der Probleme der Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen.

Man kann annehmen, daß in der nächsten Woche etwas Konkretes darüber bekannt wird, wie man sich die Ausführung des Planes des Reichsinnenministers auf Zusammenfassung der Jugendlichen in großen Sportbewegungen usw. denkt und ob irgend eine Verknüpfung dieser Idee mit der Ausweitung des Gedankens der Arbeitsdienstpflicht herzustellen sein wird. Im Augenblick ist jedenfalls über diese beiden bedeutenden Projekte, die für viele Hunderttausende Jugendlichen lebenswichtig sind, irgendetwas Positives noch bei keiner der maßgebenden Reichsstellen zu erfahren. Man will offenbar die Mitwirkung des neuen Reichswirtschaftsministers ermöglichen.

Weg mit den Tributen!

Reparationen und Weltwirtschaftskrise.

Frankfurt a. M., 11. Mai.

In der Generalversammlung der I. G. Farbenindustrie A.-G. führte Geheimrat Bosch u. a. aus: Noch nie ist ein Geschäftsjahr unserer Firma mit so viel Ungewissheit und Unsicherheit über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung begonnen worden wie das Geschäftsjahr 1932. Jedes Volk zieht sich, soweit wie möglich, aus dem internationalen Wirtschaftsverkehr zurück und versucht hinter hohen Zollwällen das Abflauen des Krisenwetters abzuwarten. Die gesamte Arbeitslosigkeit und ungeahnte Wirtschaftszusammenbrüche sind die Quittung auf diese Handlungsweise.

Die unmögliche Reparationsregelung im Versailler Vertrag muß als die erste und wichtigste Ursache des Zusammenbruches des Weltverkehrs angesehen werden.

Ohne dauernde und endgültige Reparations- und Schuldentilgung habe ich die Schaffung einer neuen Vertrauensbasis für den Kredit- und Handelsverkehr in der Welt für unmöglich. Der Zusammenbruch der gesamten Weltwirtschaft erfordert unverzüglich Maßnahmen, die den gesamten Fragenkomplex auf einmal und endgültig erledigen.

Wenn man entgegenhält, daß eine Streichung der Reparationsverpflichtungen eine Verletzung des Versailler Vertrages bedeute, so berufe ich mich auf Lloyd George als einen der Väter dieses Vertrages, der feststellte: „Ich spreche es so deutlich aus, wie ich nur kann, daß es nach meiner Ansicht unter den gegenwärtigen Umständen keine Verletzung der Heiligkeit des Versailler Vertrages bedeuten kann, wenn eine Vereinbarung mit dem Ziel zustandekommt, alle weiteren Reparationsforderungen an Deutschland zu streichen.“

Der jetzige Zustand ist nicht mehr weit von einem Chaos entfernt. Wir haben den energischen Willen, unsere privaten Schuldverpflichtungen abzudecken. Es ist die einheitliche Meinung internationaler Wissenschaft und Praxis, daß dies

nur durch Ausfuhrüberschüsse geschehen kann.

Unser guter Wille wird gehemmt durch die handelspolitischen Abschließungsmaßnahmen gerade der Staaten, die unsere Exportwaren als Entgelt für Zahlungsverpflichtungen aufnehmen sollten. Man kann es der deutschen Wirtschaft nicht verdenken, wenn sie bei abnormen handelspolitischen Aggressionsmaßnahmen, die unsere Ausfuhr überlasten, Abwehrmaßnahmen ergreift. Ich halte es aber für grundsätzlich falsch, diese Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt einer autarkischen Abschaltung der deutschen Wirtschaft von der übrigen Welt durchzuführen.

Für die Sozialversicherung.

Ein stimmiger Beschluß der Sozialpolitischen Reichstags-Ausschusses.

Berlin, 11. Mai.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages nahm am Dienstag einstimmig eine Entschließung an in der die Reichsregierung ersucht wird, die zur Erhaltung der Liquidität der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung notwendigen Maßnahmen unverzüglich zu treffen.

Die Bereitstellung und Sicherung der ordnungsgemäß erworbenen Renten für über 3,5 Millionen Empfänger allein aus der Invalidenversicherung, die sonst aus der öffentlichen Fürsorge ganz oder teilweise unterhalten werden müßten, erfordere mindestens das gleiche Maß des Eintretens der Reichsregierung, wie es bei den Maßnahmen für andere Wirtschaftszweige und Bevölkerungskreise, für die Banken, die Industrie, die Landwirtschaft usw. sichtbar geworden sei.

In diesem Ausschuss, wie auch an allen übrigen Ausschüssen im Reichstag nahmen auch die Nationalsozialisten teil. — Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, hat an Reichskanzler Dr. Brüning einen Brief gerichtet, in dem er den Standpunkt der Gewerkschaften in der Frage der Neuordnung der Arbeitslosenunterstützung darlegt. Er betont unter anderem, daß es die Gewerkschaften als ein großes Interesse ansehen müßten, wenn etwa zu Gunsten der gewaltig überschätzten und übertriebenen Ersparnismaßnahmen die Reichsregierung auf die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung verzichten wolle.

Deutsche Tageschau.

Öffentliche Verschuldung von 24 Milliarden Mark.

Nach Feststellung, die über die öffentliche Verschuldung in Deutschland Reichsrechnung gemacht werden, betrug die öffentliche Verschuldung unmittelbar vor Ausbruch der Kreditkrise im Sommer 1931 nicht weniger als 24 Milliarden Mark. Seit dieser Kreditkrise ist diese Verschuldung abgestoppt worden. Von den 24 Milliarden entfällt der größere Teil auf das Reich, nicht nur wegen der Reparationszahlungen, sondern auch wegen der Zahlungen, die aus Anlaß des verlorenen Krieges für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Kriegspensionen und dergleichen bezahlt werden müssen.

5,7 Millionen Arbeitslose.

Berlin, 11. Mai. Nach der amtlichen Statistik betrug die Zahl der Arbeitslosen Ende April 5 737 000. Der Rückgang gegen Mitte April beträgt 200 000.

Landtagswahl in Hessen am 3. Juli.

Die hessische Regierung hat beschlossen, als Termin für die Landtagsneuwahl den 3. Juli in Aussicht zu nehmen. Der neue Landtag wird dann verfassungsmäßig 18 Tage nach seiner Wahl zusammentreten. Da aber bis dahin der Haushalt längst verabschiedet sein muß ist anzunehmen, daß der Haushaltsplan von der jetzigen Regierung Ablehnung, die unabhängig von der Auflösung des Landtages ihre Tätigkeit als geschäftsführendes Ministerium bis nach der Neuwahl des Landtages und der Neuwahl des Staatspräsidenten durch den neuen Landtag weiterführen wird, auf dem Notverordnungswege in der nächsten Zeit verabschiedet wird. — Die Landtagsneuwahl erfolgt bekanntlich, weil der hessische Staatsgerichtshof die Wahl vom 15. November v. J. für ungültig erklärt hat.

Auslands-Rundschau.

Neues Militärabkommen der Kleinen Entente.

Im rumänischen Außenministerium wurde nach einer Meldung aus Bukarest ein neues Militärabkommen der Kleinen Entente — so nennt sich bekanntlich das Bündnis zwischen der Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien — vom rumänischen Außenminister Ghica, dem rumänischen Generalstabschef Salonowitsch, dem tschechoslowakischen und dem südslawischen Befehlshaber unterzeichnet. Der Vertrag, über dessen Inhalt und Zweck bisher nichts Näheres bekannt ist, soll gleichzeitig auch in Prag und Belgrad unterzeichnet worden sein.

Bauernunruhen in Bosnien und Kroatien.

Nach Berichten aus Agram sind in verschiedenen Gegenden Kroatiens und Bosniens Bauernunruhen ausgebrochen. Mehrere hundert Bauern drangen in die Stadt Barakovo und plünderten eine Anzahl Geschäfte.

Mus Bad Somburg.

Die Eismänner.

Mamertus, Pantradius, Servatius und Bonifatius sind in dieser Woche fällig. Sie rüden in der Zeit vom 11. bis 14. Mai an. Es ist aber möglich, daß sie — worauf die bisherigen kalten Tage seit der vergangenen Woche hindeuten — uns bereits ihren Besuch abgestattet haben. Vielleicht ist das, was jetzt noch kommt, nur die Nachhut der gestrigen Herren. In der ersten Maihälfte ist starker Temperaturrückfall an der Tagesordnung. Die Maifröste sind von allen Gärtnern, Weinbauern und Landwirten gefürchtet. Schon die deutsche Mythologie lehrte, daß in den Tagen vom 11. bis 15. Mai, die kalte Soffie soll nämlich am 15. die Kälteperiode abschließen, der letzte Kampf des Winters gegen den einziehenden Sommer ausgefochten werde, eine Auffassung, die sich im Volksbewußtsein erhalten hat. Professor Dode war der erste Forscher, der sich mit den Maifrösten befaßte. Er wies im Jahre 1836 nach, daß diese Fröste tatsächlich mit Vorliebe auf die den Eiseiligen geweihten Tage fallen, daß sie sich auf Mitteleuropa beschränken und mit bestimmten nördlichen Winden zusammenhängen dürften. Das Eintreten der plötzlichen Kälte in der Maihälfte wird damit erklärt, daß im Frühjahr die Ballanhalbinsel und die Landstriche bis zu den Karpathen rasch erwärmt werden; dann entsteht dort eine Region relativ hohen Barometerstandes und dementsprechend relativ niedrigen Luftdrucks, die Entstehung einer Depression findet so günstige Bedingungen. Im westlichen Europa dagegen herrscht im allgemeinen um dieselbe Zeit ein hoher Luftdruck, der sich immer mehr nach Norden ausdehnt, deshalb müssen über Mitteleuropa kalte nördliche Winde wehen. Für den Frühsommer 1932 treffen diese Voraussetzungen allerdings nicht ganz zu.

Daß mit den Eiseiligen nicht zu spaßen ist, hat im Jahre 1789 Friedrich der Große erfahren müssen. Der König hielt viel auf seine prächtige Orangerie im Park von Sanssouci; in dem genannten Jahre war es überaus früh warm und der König fragte anfangs Mai seinen Gärtner, weshalb er die Orangerie noch nicht ins Freie gebracht habe. Der Gärtner erwiderte, das gehe nicht, erst müßten die Eiseiligen vorüber sein. Der König befahl aber, die Bäume herauszustellen und am anderen Morgen war die Orangerie erfroren.

*** Die „Rotgestempelten“ werden nicht aufgewertet! Seit vielen Jahren geht der Kampf um die sogenannten „Rotgestempelten“. Es handelt sich um die rot gestempelten Tausendmarktscheine aus der Vorkriegszeit. Nun ist ein endgültiger Spruch des Reichsgerichts in dieser Angelegenheit erfolgt. Vor dem 3. Zivilsenat des Reichsgerichts wurde dieser Tage die Revision des Reichsbankglaubigerverbandes in Magdeburg über die Entscheidung des 29. Zivilsenats des Kammergerichts vom 26. Mai 1931 verhandelt. Das Kammergericht hatte die Klage des Reichsbankglaubigerverbandes gegen die Reichsbank und Gen. auf Haftung wegen Nichteinführung der rot gestempelten Tausendmarktscheine abgewiesen. Der 3. Zivilsenat hat dieses abweisende Urteil bestätigt, indem er die Revision des Reichsbankglaubigerverbandes zurückgewiesen hat.

*** Postanweisungen nach dem Auslande. Auf dem Abschnitt der Postanweisungen nach dem Australischen Bund, Britisch Indien, Großbritannien und Nordirland, den britischen Kolonien und Schutzgebieten, den britischen Postanstalten in fremden Ländern, Guatemala, dem Freistaat Irland, Kanada, Neuseeland, Paraguay, Persien (durch Vermittlung der britischen indischen Postverwaltung), Peru, der Südafrikanischen Union, Belgisch Kongo, den französischen Kolonien, Mexiko, Syrien, der Republik Libanon und nach den Vereinigten Staaten von Amerika und deren Besitzungen, dürfen die Absender außer ihrem Namen, dem Vornamen, der Firmenbezeichnung und der Wohnung folgende Mitteilungen für den Empfänger angeben. Die Absender von Postanweisungen nach diesen Ländern müssen die Empfänger gleichzeitig mit der Einlieferung der Postanweisungen von der Einzahlung durch ein besonderes Schreiben benachrichtigen.

Keine Strompreissenkung beim RWE. Nachstehende Stellen dürfen die hiesigen Verbraucherkreise besonders interessieren: Die seit langem erwartete Nachprüfung der Strompreispolitik des RWE. durch den Preiskommissar — unter Einfluß aller Tochtergesellschaften — hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, die mit die niedrigsten Strompreise in Deutschland hätten, zur Zeit nicht in der Lage sind, weitere Ermäßigungen eintreten zu lassen. Vorausichtlich werde das erst wieder bei wachsendem Stromabsatz möglich sein. Das RWE. habe sich aber in den Verhandlungen bereit erklärt, den nach der letzten Umfassenerhöhung erhobenen erhöhten Sonderzuschlag, auf den es nach den Verträgen Anspruch habe, nachzulassen. Ob dieser Betrag allerdings nennenswert ist, muß sich noch erweisen.

Kurhaus. Fräulein Hanni Köhler, die am Freitag, dem 13. Mai, im Kurhaus-Spielsaal über ihre Fahrt mit dem Motorrad nach Indien spricht, wird dabei auch eine große Anzahl ihrer interessanten Aufnahmen von dieser Fahrt im Lichtbild vorführen. Das Eintrittsgeld zu diesem Vortrag beträgt für Inhaber von Kurkarten und Kurhausabonnenten RM. 0,50, Nichtabonnenten RM. 1.—.

Das Kaiser-Wilhelms-Bad wird am Samstag, dem 14. Mai eröffnet. Von diesem Tage ab bleibt das Kurhausbad geschlossen. Badzeiten sind an Wochentagen von 8—1 Uhr (Rassenschluß 12 Uhr), Samstag durchgehend bis 17 Uhr (Rassenschluß 16 Uhr), nachmittags nur für Schwäberräder. Am Pfingstmontag ist das Bad von 9—12 Uhr geöffnet.

Die Bad Somburger Pauschaluren, die für April und Mai schon sehr gefragt wurden, sind nun für alle Klassen von Hotels und Pensionen zu haben. Insgesamt bestehen 7 verschiedene Preis-Gruppen, von RM. 205.— für 21 Tage an, so daß jeder größte Auswahlmöglichkeit hat. In den Pauschaluren ist alles für einen Kuraufenthalt Notwendige enthalten, also Anstöße, Bäder oder andere Kurmittel, Arzthonorar und Pension einschließlich Trinkgeld.

Die gestrige Stadtverordnetenitzung.

Unwesend sind 26 Stadtverordnete; am Magistrats-lich Bürgermeister Dr. Eberlein, Belg. Dr. Lipp sowie die Stadträte Rüdiger, Quirnbach, Simon, Keupel und Bill. Der Vorsitzende eröffnet um 20.30 Uhr die Sitzung mit Bekanntgabe eines Schreibens der städtischen Beamenschaft, in der diese deutlich zum Ausdruck bringt, daß sie die Betrugsaffären L. und M. schärfstens verurteilt und mit beiden im Interesse der Ehre und Sauberkeit der Beamenschaft nichts mehr zu tun hat. Am Schluß des Schreibens wird gegen eine Redewendung des Stv. Berndt in der letzten Stadtverordnetenitzung protestiert. Der Vorsitzende stellt fest, daß er den Schlußsatz des Briefes keineswegs billigen könne, da Stv. Berndt keine Beleidigungen (siehe letzten Stadtverordnetenbericht) ausgesprochen habe. Der Bürgermeister erklärt, er habe Berndts Äußerung nur humoristisch gedeutet, aber keine Beleidigung darin erblickt.

1. Haushaltsplan für das Jahr 1932.

Stv. Dippel (Soz.), der die Aussprache eröffnet, erklärt einleitend, daß er in der langjährigen Tätigkeit als Stadtverordneter noch niemals einen so wirkungslosen Etat vorgelegt bekommen habe wie den jetzigen. Von der Stein'schen Selbstverwaltung sei heute nicht mehr viel übrig geblieben. Man bekomme den Etat vorgelegt, könne wenig auf eine gewisse Umgestaltung desselben einwirken. Das Plenum solle beraten, habe aber nichts mehr zu sagen. Stv. Dippel protestiert in diesem Zusammenhang schärfstens gegen eine Meldung des Dr. Thilow, der in einem Frankfurter Blatt schrieb, der sich der Unterschlagung schuldig gemachte Stadtkassenbeamte Völje ließe der SPD. nahe, obwohl einwandfrei festgestellt worden sei, daß sowohl Völje, als auch Reifenzahl mit der Sozialdemokratie rein garnichts zu tun haben und dieser auch nicht naheständen. Der Etat wolle einen Fehlbetrag von 194 000 Rmk. auf. Vielleicht werde sich dieses Defizit mit der Zeit noch erhöhen. Die Realsteuern habe man stark zurückgeschraubt. Bei den vielerlei Steuern habe man die Hundesteuer von 40.— auf 30 Rmk. reduziert. Es sei wohl schwer, bei einem solchen Etat noch Absätze zu machen; die sozialen Ausgaben könnten aber nicht zurückgedrängt werden. Des Redners Antrag „Errichtung eines Volksbades“, der schon seit Jahren gestellt werde, sei natürlich heute zur Unmöglichkeit verurteilt. Es müsse aber bemerkt werden, daß für die werkhaltige Bevölkerung eine billige Badegelegenheit im Kurhaus eingerichtet werde. Eventuell vorgelegene Straßenbauten seien zu begrüßen. Daß die Beamtengehälter um 31% abgebaut wurden, sei notwendig gewesen. Nachdem Redner noch einige Ausführungen zur Kur gemacht hatte, erklärte er, daß er den Etat in dieser Form noch ablehne, wohl aber im Ausmaß zu seiner Verbesserung mitarbeitete.

Stv. Birkenfeld (Ztr.) nimmt nur in kurzen Ausführungen zum Etat Stellung, den er als „große Enttäuschung“ bezeichnen müsse. Er enthalte nichts fürs Handwerk, und kein Arbeitsbeschaffungsprogramm sei in ihm fundamentiert. Redner weist auf den Zustand der Airdorfer Schule hin. Die Straßen Airdorfs seien in schlechtem Zustand. Die Organisation der Winterhilfe gebühre Anerkennung. Redner erklärte schließlich seine und seiner Partei Bereitschaft zur Mitarbeit.

Stv. Riedel (SPD.) weist zunächst darauf hin, daß sein Vorredner seine Ausführungen vorgelesen habe, was geschäftsordnungswidrig sei. Der jetzt vorgelegte Etat müsse unter allen Umständen abgelehnt werden. Man solle diesen Haushaltsplan als „Misterei ohne Wert“ an Brünning schicken. Keine Depuration sei vor der Etatvorlegung gebührt worden. Bei der Grundvermögenssteuer gehe es nicht an, daß man den Kleinbauern genau so behandle wie den noch kapitalkräftigen Großgrundbesitz. Redner befaßte sich eingehend mit der Kurfrage, polemisierte gegen die „Beimischung“ der 500 000 Mark, die größtenteils unproduktiv angelegt worden seien, weist ferner auf die Wohnverhältnisse in unserer Stadt hin. Seine Freunde werden von dem gestellten Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht ablassen. In dieser Form sei der Etat für seine Freunde inakzeptabel.

Stv. Debus (DBP.) spricht zunächst zur Kur: Von den 500 000 Mark Staatsgeldern seien noch 140 000 Mark vorhanden, die u. a. zu Dachreparaturen und zum Anstrich des Kurhauses verwertet werden sollen. Zum Etat: Ein Geschäftsunternehmen würde bei einem Fehlbetrag von 200 000 Mark die Konsequenzen ziehen. Redner warf sodann mit recht interessanten Zahlenmaterial auf, das zeigte, wie ungünstig die Struktur des Wirtschaftslebens auch in unserer Stadt angenommen hat. Betriebsverluste betrugen die Wohlfahrtskassen 1913 Rmk. 33 500 Mark und heute 879 000 Mark. Bei der Getränke-, Einkommen-, Grund- und Gewerbesteuer sind die Vergleichszahlen entsprechend.

Stv. W. Schmidt (Dntf.) stellt das Anerkennenswerte in der Etalaussstellung dar, daß man diesmal erstmals offensichtlich das Defizit eingestellt habe. So hätte man schon früher vorgehen sollen. Der Kreis sei diesbezüglich besser vorgegangen. Dort habe man das Defizit glatt eingestellt und verlange eben die Etalausscheidung mit Hilfe des Staates. Der vorgelegene Straßenbau (Es soll u. a. eine im Spitzwinkel auf die Hölleinsstraße stoßende Straße erbaut werden) sei erfreulich.

Stv. Fastich (R.M.). Die Einkommen- und Körperschaftsteuer-Rücküberweisung vom Reich wird im vorliegenden Haushaltsplan 1932 mit 118 900.— Rmk. eingelegt gegen 247 000.— Rmk. im Jahre 1930, d. h. um 52% weniger.

Der Staatszuschuß für unser Lyzeum in Höhe von 16 000.— Rmk. ist gestrichen. Im Titel sozialpolitische

Angelegenheiten sind die staatlichen Unterstufungen und der Zuschuß des Reiches für Kleinrentner, Sozialrentner, Erwerbslosen und Ausgesessenen gestrichen. Im Jahre 1930 waren hierfür 10 800.—, plus 12 000.— Rmk. plus 8 000.— gleich 30 800.— Rmk. eingelegt. Das Besetzungsgeld betrug für alle Bürgerschulen im Jahre 1932 70 948.— Rmk. im Jahre 1930 71 878.— Rmk. also 930.— Rmk. weniger. Insgesamt sind also an Staatszuschüssen gestrichen worden: 47 730.— Rmk.

Andererseits ist der Staatszuschuß zum Polizeiwesen von 22 000.— Rmk. im Jahre 1930 auf Rmk. 66 000.— Rmk. für 1932 erhöht worden.

Die Gewerbesteuer vom Ertrag ist mit 81 000.— Rmk. eingelegt, gegenüber 1932 mit 132 700.— gleich 29% weniger. Die Gewerbesteuer vom Kapital mit 45 000.— Rmk. gegen 61 000.— Rmk. gleich 26% weniger.

Die Grundvermögenssteuer, die im Etat mit einem Grundbetrag von 140 000.— Rmk. vom bebauten Besitz und mit 10 500.— Rmk. Grundbetrag vom unbebauten Besitz, also insgesamt mit einem Grundbetrag von 150 500.— gegenüber dem Vorjahre mit 174 000.— Rmk. angelegt ist, ergibt rechnerisch 551 900.— Rmk. gegenüber 595 700.— Rmk. im Jahre 1932, also 7,4% weniger. Wir sind der Auffassung, daß ein nicht unerheblicher Teil dieser Steuer dringend für Reparaturen der Altbauhäuser verwendet werden muß.

Auch die anderen Steuern dürften gegenüber den im Haushaltsplan angegebenen Zahlen erheblich niedriger ausfallen, so daß das ausgewiesene Defizit von 194 300.— Rmk. erheblich größer werden dürfte.

Auf der Einnahmenseite sehen wir also einen ungeheuren Zerfall der Steuerkräfte. Auf der Ausgaben Seite haben wir eine große Unbekannte, d. h. die Kreisabgabe, die im Etat mit 172 500.— Rmk. angegeben ist.

Auf der Einnahmenseite sind für Erhaltung der ansehnlichen Aufwendungen für die Wohlfahrtspflege durch den Kreis 440 000.— Rmk. eingelegt, wir erwarten also vom Kreis

minus	172 500.— Rmk.
	267 500.— Rmk.

mehr als wir zahlen.

Die tatsächlichen Ausgaben, die im Vorjahre schon unentgeltlich gekürzt wurden, sind weiter zusammen gestrichen worden.

Wir gehen mit dem Herrn Bürgermeister darin einig, daß eine verwaltungstechnische Vereinfachung und Vereinfachung der Arsen- und Wohlfahrtsfürsorge schnellst erfolgt muß; darüber hinaus erheben wir die Forderung nach Vereinfachung und Vereinfachung auf allen Verwaltungsgebieten, sowohl in der Sozialversicherung, wie auch in der anderen Verwaltung und namentlich auf dem Gebiete des Steuerwesens.

Der Steuerzahler kennt sich nicht mehr aus, der Beamte weiß nicht und kann nicht wissen, was der einzelne Zensit insgesamt, d. h. beim Finanzamt und der Stadt zu zahlen hat. Tür und Tor für Unregelmäßigkeiten sind für nicht ganz charakterlose Menschen weit geöffnet.

Darüber dürfte wohl nur eine Meinung sein, daß unser heutiges Steuer- und Verwaltungssystem schnellst in andere Bahnen gelenkt werden muß.

Stv. Berndt (DBP.) setzt sich besonders für die erwerbslosen Handwerker ein und plädiert dafür, daß die aus städt. Häusern gezogenen Ueberschüsse u. a. für Straßenbau verwertet werden sollen.

Stv. Denfeld (DBP.) setzt sich ebenfalls für den Straßenbau ein.

Der Etat geht an die Vereinigten Ausschüsse.

2. Antrag bezüglich der Einrichtung eines bestimmten Teils der Zuschläge zur Grundvermögenssteuer in Form von quotierten Rechnungen.

Stv. Struth (RM.) erklärt, der von einigen Mitgliedern des Hauses eingebrachte Antrag habe folgenden Sinn: Von den 370% Grundvermögenssteuer sollen 170% in sofern nachgelassen werden, daß der Hausbesitz sich vergrößert, für die hier infrage kommende Summe seine Häuser herzurichten und der Behörde zur Kontrolle dann die quotierten Handwerkerrechnungen vorzulegen. Durch eine derartige Maßnahme würden die Wohlfahrtslasten gesenkt und Arbeit ermöglicht werden. Vorlage geht an die Vereinigten Ausschüsse.

3. Festsetzung der Kanalgebühren für das Rechnungsjahr 1932.

Nach dem Magistratsantrag sind die Kanalgebühren infolge Amortisation des Anlagekapitals etwas gesenkt worden und betragen insgesamt heute noch rund 87 000 Rmk., früher 95 000 Rmk. Wird angenommen.

4. Kurtagordnung.

U. a. ist hier zu bemerken, daß eine weitere Vergünstigung für die Sozialversicherungskasse vorgesehen ist. Die Kurtagordnung ist in allen Fällen ermäßigt worden. Wird angenommen.

5. Festsetzung des Bebauungsplanes für den westlichen und südwestlichen Teil der Gemarkung Homburg.

Es handelt sich um einen erforderlich gewordenen Fluchlinienplan, der über den bisherigen Bebauungsplan für das betreffende Gebiet (Dornholzhaufener Richtung) hinausgeht. Wird angenommen.

6. Stellungnahme des Magistrats zu dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung betr. die Revision der städtischen Verwaltung.

Vorl. Schid gibt davon Kenntnis, daß der Magistrat zu diesem Zwecke keine Treuhändergesellschaft, sondern eine überbrückende Revisionskommission betraut habe.

Bürgermeister Dr. Eberlein rechtfertigt in recht überzeugender Weise den Standpunkt des Magistrats in dieser Angelegenheit und weist auch auf die enorm hohen Gebühren einer Privatgesellschaft hin. Die jetzt bestellte Kommission arbeite bereits schon einige Tage in der hiesigen Verwaltung und habe mit Erfolg schon Verwaltungen von Großstädten kontrolliert.

7. Antrag der kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion betr. Abstandnahme von der Erhebung einer Verwaltungsgebühr für die Genehmigung von öffentlichen Versammlungen.

Stv. Riedel (SPD.) protestiert gegen die Erhebung einer polizeilichen Verwaltungsgebühr von 2 Rmk. bei Genehmigung von öffentlichen Versammlungen.

Stv. Schmidt (Dntf.) wendet sich lediglich gegen die Höhe des Betrags, 50 Pfg. seien auch genug.

Vorl. Schid heißt diese Art Verwaltungsgebühr keineswegs richtig.

Bürgermeister Dr. Eberlein erklärt als Polizeiangeregenheit, das sei ein ministerieller Beschluß, daran sei nichts zu ändern.

Interpellationen.

Stv. Reih (Pfl.) verwahrt sich gegen eine durch Herrn Dr. Thilow verbreitete Zeitungsmeldung, wonach er, Reih, dafür gelorft habe, daß einem hiesigen Gastwirt schon seit mehreren Jahren kostenlos durch das Volksbad warmes Wasser zur Bepflung von Fässern abgegeben werde. Die Meldung sei von A-Z unwahr.

Bürgermeister Dr. Eberlein konnte an Hand eines Anweisungsscheins nachweisen, daß sich Herr Reih vollkommen einwandfrei verhalten habe.

Stv. Riedel (SPD.) führt an, daß sich in letzter Zeit die Ermittlungen häufen würden.

Bürgermeister Dr. Eberlein erwidert, daß es sich bei Ermittlungen ausschließlich um „stadtbekannte Persönlichkeiten“ handeln würde.

Stv. Heubel (Ztr.) nimmt zu der Erklärung des Stv. Reih Stellung und äußert, er, Heubel, habe nur seine Pflicht getan, wenn er als Stadtverordneter den in diesem Fall kursierenden Gerücht nachgegangen sei, um Klarheit zu bekommen.

Stv. Ettling (SPD.) wünscht, daß zur Ausübung der Pflichtarbeit nicht immer die gleichen Leute herangezogen werden.

Schluß der öffentlichen Sitzung 24 Uhr.

In der Geheimitzung wurde u. a. ein Antrag angenommen, den Polizeibeamten für ihren besonderen Dienst während der beiden Wahlmonate März und April noch eine Beköstigungszulage von je 6 Mark pro Monat zu gewähren.

Bad Homburger Sport-Nachrichten.

1. F. Cl. Vittoria 08 — Vittoria 06 Neuenhaglau 5 : 1

Neuenhaglau wollte am vergangenen Sonntag in Airdorf und stellte sich dem 1. F. Cl. Vittoria 08 zum lästigen Bezirks-Pokalspiel. Beide Gegner trafen in stärkster Aufstellung an, galt es doch für Beide, sich die weitere Teilnahme an der Pokalrunde zu erhalten.

Voller dieses Treffens war Herr Meßger, Griesheim, mit dessen Leitung man zufrieden sein konnte.

Airdorf hatte seine Mannschaft umgestellt und entsandte nach der angenehmen Seite, es wäre nur zu empfehlen, dieselbe auch fernerhin einmal so stehen zu lassen. Ganz besonders in der ersten Spielhälfte sah man von Seiten Vittorias ein wirklich technisch hochlebendes Spiel, während der in der zweiten Spielhälfte einsetzende Wind ein genaues Zuspiel nicht mehr zuließ, worunter das Spiel dann auch sehr litt. Hintermannschaft und Läuferreihe arbeiteten sehr zuverlässig und war das Zuspiel der beiden Außenläufer ein besseres als sonst, während Heintz manchmal in höheren Regionen zu spielen versuchte anstatt den Ball flach zuzuspielen. Im Sturm klappte es auch ganz gut.

Neuenhaglau stellte die körperlich stärkere Mannschaft und zeichneten sich die Gäste vor allem durch ihren großen Eifer aus. Die Hintermannschaft zeigte solides Können und auch die Läuferreihe war im Zerstreuen gut, während es am Aufbau sehr mangelte. Der Sturm kombinierte zeitweise gut zusammen, scheiterte jedoch an Airdorfs Hintermannschaft. Die Außenspieler waren hier die treibenden Kräfte.

Spielverlauf: Man sah gleich zu Spielanfang, daß Airdorf heute die Sache ernst nahm, doch dauerte es immerhin 20 Minuten bis Wahl nach schöner Kombination den ersten Treffer anbringen kann, dem Reih einige Minuten später auf eine Flanke von Rechts den zweiten anreißen kann. Halbzeit 2:0.

In der zweiten Hälfte hatten die Gäste den Wind im Rücken und versuchten nun den Vorsprung des Gastgebers zu verringern, was ihnen jedoch nicht gelang. Als dann in der 60ten Minute Wahl das dritte Tor und in der 75ten Minute Reih das vierte anbringen konnten, war die Niederlage endgültig besiegelt. Neuenhaglau versucht nun wenigstens das Ehrentor zu erzielen, nachdem Wehrheim-Airdorf noch einmal erfolgreich war. Kurz vor Schluß bekamen die Gäste dann noch einen recht zweifelhaften Elfmeter zugebilligt, der auch verwandelt wurde, so daß das sonst recht anständig verlaufene Spiel mit 5:1 endigte.

Verantw. für den redaktionellen Teil: E. Herz, Bad Homburg für den Inseratenteil: Fritz W. A. Krägenbrink, Bad Homburg Drucker und Verleger: Otto Wagenbreth & Co., Bad Homburg

Neues aus aller Welt.

Wiederaufnahme der Arbeit bei Henschel u. Sohn. Die vor einigen Wochen angeforderte Wiederaufnahme der Arbeit in den Werksstätten der Lokomotivfabrik von Henschel u. Sohn AG. in Kassel hat jetzt stattgefunden und zwar haben zunächst etwa 700 Arbeiter ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Furchtbare Familientragödie. In Köln stellte sich der 30-jährige Elektromonteur Gottlieb Schorsch der Kriminalpolizei und gab an, seine 24-jährige Ehefrau Elise Schorsch und seinen zweieinhalbjährigen Jungen erwürgt zu haben. Die Nachprüfungen in der Wohnung des Mannes ergaben die Richtigkeit der Angaben. Frau und Kind lagen tot nebeneinander unter einem Bett. Beide hatten am Hals Würgemale, die von Striden herrührten. Der Grund zu der Tat sind eheliche Zwistigkeiten.

Zwei Personen im Kraftwagen verbrannt. Zwischen Rothhausen und Hemmerden ereignete sich ein schweres Autounfall. Ein aus Richtung Jülich kommender mit drei Personen besetzter Kraftwagen stieß beim Überholen von Radfahrern mit einem Lastwagen zusammen und geriet dabei durch Explosion des Benzinlagers in Brand. Während der Chausseure — wenn auch mit lebensgefährlichen Brandwunden — gerettet werden konnte, verbrannten die beiden anderen Insassen, ein Herr und eine Dame, bei lebendigem Leibe.

Zwei Todesopfer bei einem Schiffszusammenstoß auf dem Rhein. In der Nähe des Rheinspihens Zons wurde ein mit Schrot beladener Schleppkahn von einem anderen Kahn gerammt. Der Schleppkahn sank in wenigen Minuten. Während der Eigentümer und der Matrose mit seiner Familie gerettet werden konnten, ertranken die Frau und das einige Tage alte Kind des Eigentümers. Der Kahn liegt mitten im Strom, so daß die Schifffahrt behindert ist.

Schwindel mit Goldpfandbriefen. In der „Inlandsbank“ in Berlin, deren Generalbevollmächtigter der aus seinen verschiedenen Affären bekannte Bankier Clemens Max Runer aus Berlin-Grünwald ist, sind von der Kriminalpolizei große Mengen zweifelhafter Goldpfandbriefe der „Niederländischen Grundcredithank“ beschlagnahmt worden, die nach den bisherigen Ermittlungen in Berlin gedruckt worden sind.

Die Ausgrabungsarbeiten auf den Schlachtfeldern bei Arras. Seit Beginn der Ausgrabungsarbeiten im ehemaligen nordfranzösischen Kriegsgebiet wurden allein in der Nähe von Arras die Leichen von nicht weniger als 2095 Soldaten freigelegt. Hierunter waren 976 Franzosen und 1119 Deutsche. Nur 317 Franzosen konnten identifiziert werden. Während der Zeit vom 31. März bis 30. April wurden 362 Leichen freigelegt, von denen 61 als diejenigen französischer Soldaten festgestellt wurden und 41 als solche deutscher. Bei 109 französischen Soldaten fand man keinerlei Erkennungszeichen, ebenso wie bei 151 deutschen.

Seine geschiedene Ehefrau niedergeschossen und sich selbst getötet. In Weiden (Oberschlesien) streckte der frühere Magistratsangestellte Bremsa seine geschiedene Frau, die sich in der Wohnung einer Bekannten aufhielt, durch mehrere Revolvergeschüsse nieder. Die Frau wurde an der Brust und am Hals lebensgefährlich verletzt und von Nachbarn durch ein Fenster vor weiteren Angriffen in Sicherheit gebracht. Beim Eintreffen der Nordkommission fand man Bremsa in einer Blutlache liegend auf.

Abkürzung der deutschen Geburtenziffer 1932.

Auswirkungen der wirtschaftlichen Not. — Geburtenziffer nur noch halb so groß wie in der Vorkriegszeit.

Zu den bedenklichsten Erscheinungen der Nachkriegszeit gehört der außerordentlich starke Abkürzung der Geburtenhäufigkeit und des Geburtenüberschusses über die Todesfälle gerade in den hochstehenden Kulturländern Europas. Vor dem Kriege wurde in der deutschen Öffentlichkeit sehr häufig auf den Zustand in Frankreich hingewiesen, wo seit Jahrzehnten infolge des weitverbreiteten Zwei- und Einkinder-systems der Geburtenrückgang so stark war, daß ein Stöden der Bevölkerungszunahme drohte. Die starke Einwanderung in Frankreich sowie die Annexion Elsass-Lothringens hat die Bevölkerungsbilanz der Franzosen etwas aufgebeffert. Trotzdem hat Frankreich mit nur 2,6 pro Tausend Geburtenüberschuß im Jahre 1930 auch heute eine außerordentlich geringe Bevölkerungszunahme.

Leider zeigt aber auch Deutschland einen Rückgang der Geburtenziffer und trotz der energischen Belämpfung der Kindersterblichkeit auch des Geburtenüberschusses, der ein

außerordentlich bedenkliches Tempo angenommen hat. Deutschland ist in den letzten Jahren mit einem Geburtenüberschuß von 4,8 bis 6,5 je Tausend Einwohner in eine Reihe mit Frankreich, Schweden, England und Norwegen gerückt, und wird bei einem Anhalten dieses katastrophalen Rückganges sehr bald aufgehört haben, ein wachsendes Volk zu sein.

In Deutschland kommt erschwerend zu der allgemeinen Tendenz der Geburtenminderung noch die außerordentliche Zuspitzung unserer wirtschaftlichen und politischen Lage in den letzten Jahren hinzu. Im Jahre 1931 sind nach der Preussischen Statistischen Korrespondenz die Heiraten und die Geburten in einem bisher kaum beobachteten Maße zurückgegangen, während andererseits die Sterbefälle unter der Einwirkung einer allerdings nur leichten Grippeepidemie wieder etwas angewachsen sind. Die Folge dieser Entwicklung war eine Verringerung des an sich schon kleinen Geburtenüberschusses um mehr als ein Viertel des Jahres 1930.

Die Zahl der Eheschließungen in Preußen war im Jahre 1931 die niedrigste der gesamten Nachkriegszeit. Leider lassen die bisher vorliegenden Ergebnisse für 1932 erkennen, daß sich der Rückgang der Eheschließungen im laufenden Jahre noch weiter verschärfen wird. Im Jahre 1931 wurden rund 100.000 Kinder in Preußen weniger geboren als im Jahre 1928! Das sind nur noch 16,5 je Tausend Einwohner gegenüber 18,0 im Jahre 1930 und 19,2 im Jahre 1928. Im Jahre 1913 kamen dagegen auf das jetzige preussische Staatsgebiet 28,1 Geburten auf Tausend Einwohner.

Bringt man die Zahl der Geburten in Beziehung zu der Zahl der weiblichen Personen zwischen 15 und 45 Jahren, so erhält man folgende Ziffern:

1911: 136,4 je Tausend Frauen.

1929: 73,7 " " "

1931: 65,5 " " "

Die Geburtenhäufigkeit ist demnach im Jahre 1931 berechnet auf Tausend weibliche Personen in gebärfähigem Alter im Jahre 1931 nicht einmal mehr halb so groß gewesen wie in der Vorkriegszeit. Die Geburtenzahlen aus den ersten Monaten des laufenden Jahres liegen noch tief unter denen von 1931!

Preiswerte Pfingst-Angebote für die Dame

Strümpfe R. Walsfelde 1.45, 0.95 0.75
Elegantes
R. G. Charmeuse Unterkleid 2.90
R. G. Charmeuse Schläpper 1.75
Stoff-Polo-Blusen m. lang. Arm 2.45
Stoff-Polo-Blusen m. kurz. Arm 2.25
Strumpfhaltersattel 0.75 u. 0.45
Serviermützen von 0.95 an
Damenkragen und Jabots in unerreichter Auswahl

Für den Herrn

Gelbfüßer 1.25, 0.95, 0.75, 0.45
Sporthemden mit Bänder 4.25, 2.90
Herrenkragen 4f. Mako 0.60 u. 0.40
Hosenträger 1.45, 1.25, 0.95
Makohosen und Jacken sehr billig

Sammeln Sie unsere Filmbilder

Gebr. Kahn
Bad Homburg Luisenstraße 46

Evangelische Kirchensteuer.

Wir machen unsere Gemeindeglieder darauf aufmerksam, daß die 1. Rate der Kirchensteuer für das Rechnungsjahr 1932/33 am 15. April 1932 fällig gewesen ist. Es ist einstweilen ein Fünftel des vorherigen Betrags zu entrichten. Der alte Kirchensteuerbescheid ist zwecks Quittung mitzubringen. Der jetzt gezahlte Betrag wird auf die demnächst festzusetzende neue Kirchensteuer für das Rechnungsjahr 1932/33 angerechnet.

Der evangelische Kirchenvorstand.



3-5-Zimmer-Wohnung

mit Küche, Bad und Zubehör (gesunde Räume) in Bad Homburg oder nächster Nähe sofort oder später zu mieten gesucht. Offert. unt. E 2580 an die Exp.

Kurverwaltung Bad Homburg.

Veranstaltungen bis 14. Mai 1932.

Im 1. Stock des Kurhauses: Große histor. Goethe-Ausstellung „Frankfurt zu Goethes Jugendzeit“
geöffnet von 10 bis 13 und 15 bis 19 Uhr.
An den Quellen täglich von 8 bis 9 und 17 bis 18 Uhr Schallplattenkonzerte.

Im Kurhaus oder Kurgarten:

Mittwoch Konzert und Tanz, Kurhauskapelle von 16.30 bis 18 und 20.15 bis 21.45 Uhr. Abendkonzert „Opern-Abend“.
Vokant: Feldberg.

Donnerstag Konzert und Tanz, Kurhauskapelle von 16.30 bis 18 und 20.15 bis 21.45 Uhr. Vokant: Vöderhofsberg.

Freitag Konzert und Tanz, Kurhauskapelle von 16.30 bis 18 und 20.15 bis 21.45 Uhr. Im Spielhof 20.15 Uhr Lichtbild-Vortrag Hanni Köhler über ihre Fahrt mit dem Motorrad nach Indien. Vokant: Braunsfels.

Samstag Konzert des Kurorchesters 16 und 20 Uhr. Tanz, Kapelle Kurpark von 17 bis 18.45 Uhr. Kurhaus-Bar ab 21 Uhr geöffnet. Vokant: Feldberg.

Nachmittags-Tanztees unter Leitung von Peggy und Peter Kante.

Täglich von 11 bis 12 Uhr in der Wandelhalle (Kurhaus) Konzert Welt-Musik, Firma M. Welte & Söhne, Freiburg i. Br.

Jetzt nur **RM 3.-**

kosten 19 der zur Zeit beliebtesten

Tonfilm- und Tanz-Schlager

für Klavier mit vollständig. Texten! Ungekürzte Original-Ausgaben!
Enthalten in dem neu erschienenen Schlager-Album

Zum 5 Uhr-Tee

Band 18

mit den großen Schlagern!

Das Blumenmädchen von Neapel (Tango)
Eins, zwei, drei — die ganze Kompanie (Marsch-Foxrot)
Denk dabei an mich (Tango)
Bitte, bitte, denk an mich (Foxrot)
Streichholz-Wachtparade (Fox-Intermezzo)
Einer Frau muß man alles verzeih'n (Waltz)
Mein Herz sehnt sich nach Liebe (Engl. Waltz)
Arm wie eine Kirchenmaus (Slow-Fox)
In meiner Laube (Foxrot)
Ich weiß nicht, wie ich Dir's sagen soll (Slow-Fox)
Heut geh ich auf's Ganze (Walzerlied)
Mädel, wenn Du mit mir Rumba tanzt (Rumba)
Das Schönste an der Woche ist das Wochenende (Foxrot)
Lola, Dein spanisches Feuer (Mama yo quiero un novio) (Tango)
Manuela (Schenk mir einen Tango, Manuela) (Tango)
Ich steh um 8 an der Laterne (Tango)
Fahr mit mir nach Cuba, Schatz (Rumba)
Wenn Dich niemand liebt (Waltz)
Einmal fragt das Glück nach Dir (Waltz)

mit den großen Tonfilm-Erfolgen!

Weekend im Paradies
Reserve hat Ruh
Mein Herz sehnt sich nach
Liebe (Der Hellseher)
Einer Frau muß man alles
verzeih'n

Der Herr Bürovorsteher
(Konto X)
Mein Leopold
Arm wie eine Kirchen-
maus
Ein süßes Geheimnis

Altgewohnte vornehme Ausstattung! Künstler, Mehrfarbentitel!

Hierzu Violin-Stimme (RM 1.50)

Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung oder wenn nicht erhältlich direkt von ANTON J. BENJAMIN, A.-G., ABTEILUNG SORTIMENT, LEIPZIG C 4, TAUBCHENWEG 10

und
Mittwoch:
DIE WOCHE



nur noch
40 Pfg.

Stellung
In Herrschaftshaus und Hotel finden Sie nach gründlich Ausbildung in der Fachschule für Herrschafts- und Hotelpersonal Bad Godesberg 17
Einziges und größtes Unternehmen Deutschlands.
Männlich. Prospekt frei. Weiblich.

Einige tüchtige Bezirksvertreter

werden noch eingestellt zum Besuche der Landwirte und ländlichen Tierhalter für den Verkauf altbekannter und leichtverdaulicher Vieh-Nährmittel, die in jeder Viehhaltung gebraucht werden. Große Absatzmöglichkeiten, daher hohes Einkommen! Schriftl. Angebote unter Angabe des berechneten Bezirks unter E. P. 224 an die Exp. d. Blattes.

Bühnenhalter!
Durch Regierungsbeschluss erhält jeder Bühnenhalter nach dem Stande vom 1. 12. 1931 pro Stück 25 Kilo Weizen, der zum wesentlich billigeren Preise abgegeben wird. Ich bitte meine werten Kunden mir umgehend schriftlich die Zahl der damals vorhandenen Tiere anzugeben, damit ich rechtzeitig die Bezugsscheine anfordern kann. Jean Koffer, Bad Homburg, Telefon 2333.

Schwerhörige

Auch in sehr schweren Fällen hat die seit 6 Jahren bewährte Breslauer Hörfähigkeit geholfen. Kein Hörrohr, kein elektrischer Apparat. Bequem im Ohr bei jeder Art Tätigkeit zu tragen. Die Erfindung eines Ingenieurs, der seit seiner Kindheit sehr schwerhörig war. — Rotarisch beglaubigte Dankschreiben mit voller Adresse. Unser Vertreter ist am Freitag, dem 13. Mai, in Bad Homburg, Hotel-Restaurant „Schützenhof“, von 9—7 Uhr, erteilt kostenlos Auskünfte und nimmt Bestellungen entgegen.

Hörkapsel-Gesellschaft, Breslau 16

Hypotheken, Betriebskapital
an jedermann für alle Zwecke, z. B. Anschaffungen aller Art, Abkündigung v. Schulden etc., nachweisbar schnell, streng reell. — Vertrauensleute allerorts bei gutem Verdienst gesucht. Adressenliste, Köln, Deutscher Ring 1. a. 57.

Freitag

11. Mai.

1848 Der Philosoph Wilhelm Windelband in Potsdam geboren.

1858 Der Dichter Karl Hauptmann in Salzdahlun in Schlesien geboren.

1916 Der Komponist Max Reger in Leipzig gestorben.

Sonnenaufgang 4,16 Sonnenuntergang 19,38
Mondaufgang 7,55 Monduntergang 0,43

Geld für Arbeitsbeschaffung.

Die starre Haltung des Arbeitsmarktes in diesem Frühjahr macht die Anwendung neuer, in ihrer Tragweite noch nicht übersehbarer Mittel zur Entspannung der Lage notwendig. Zwar ist in den letzten Wochen eine Abnahme der Arbeitslosen festgestellt; sie hält sich aber in überaus engen Grenzen. In früheren Jahren pflegte die Entlastung des Arbeitsmarktes bei Eintritt der wärmeren Jahreszeit spürbarer zu sein als heute. Im vorigen Jahre z. B. ging die Gesamtzahl der Arbeitslosen von Mitte März bis Mitte April um 352 000 zurück; in diesem Jahre beträgt die saisonmäßige Abnahme der Arbeitslosenzahl im gleichen Zeitraum lediglich 195 000. Noch immer wirken also der saisonmäßigen Entlastung starke Kräfte des Konjunkturrückganges entgegen. Eine gewisse Erstarrung des Arbeitsmarktes liegt also vor. Sie stellt die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik vor ernste und schwer lösbare Aufgaben. Angesichts der furchtbaren Not werden alle Hilfsmittel angefordert, alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, um eine weitere Vereisung des Arbeitsmarktes zu verhindern, der Wirtschaft neue belebende Impulse zu geben.

Hier sei eine der Hilfsmöglichkeiten ihrem grundsätzlichen Charakter nach vorweggenommen, die voraussichtlich in nächster Zeit eine wichtige Rolle spielen wird: die Frage der Arbeitsbeschaffung, die Möglichkeit ihrer Finanzierung. Es liegen gegenwärtig in Deutschland nicht unbeträchtliche Geld- und Kapitalmittel brach. Das ist die Folge der Vertrauenskrise. Seit Sommer vorigen Jahres haben beispielsweise zahlreiche Sparer und Vermögensbesitzer ihr Geld von Sparkassen und Banken abgehoben oder aus festen Anlagen ausgelöst, um über sie in der Zukunft verfügen zu können. Im Anschluß an eine Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung kann man die auf diese Weise gehobenen Geldsummen auf nahezu eine Milliarde Reichsmark beziffern. Allein in diesem Betrag steckt zweifellos eine beträchtliche, leider wirtschaftlich unfruchtbare Kapitalkraft, die wesentlich zur Belebung des Wirtschaftsprozesses beitragen könnte — wenn das Geld eben nicht — als Folge blinder Angst und grundloser Befürchtungen — in Geldtaschen, Schubladen, Strümpfen, oder Tresors aufbewahrt würde.

Wenn es gelänge, die letzten Reste der Vertrauenskrise — daß sie bereits stark im Abflauen ist, dafür sprechen viele Anzeichen — auszuräumen und insbesondere heute noch brachliegendes Geld der Wirtschaft in geeigneter Form wieder zuzuführen, wären wir auch in der Bekämpfung der Arbeitsnot einen wesentlichen Schritt weiter. Es ist leider nicht möglich, in exakten Ziffern auszurechnen, wieviel Arbeitnehmer damit wieder in Brot und Verdienst gesetzt werden könnten. Wenn man aber bedenkt, daß freie Arbeitsplätze in großer Zahl vorhanden sind — in der Industrie beispielsweise waren im März dieses Jahres nur etwa 41 Prozent der vorhandenen Arbeiterplätze und 70 Prozent der vorhandenen Angestelltenplätze besetzt —, daß also mit dem mobilisierten Kapital nicht erst neue Arbeitsplätze geschaffen und ausgestattet zu werden brauchen, dann wird man zu dem Schluß kommen, daß allein durch diese Mobilisierung brachliegenden Kapitals der Arbeitsmarkt um hunderttausende von Menschen entlastet werden könnte. Damit wäre zwar die furchtbare Not nur um ein geringes vermindert, einer gefährlichen Erstarrung des Arbeitsmarktes aber in diesem Jahre wäre vorgebeugt. Unter diesem Gesichtswinkel gewinnen die Pläne, auf dem Wege einer mit besonderen Vorteilen und Sicherheiten ausgestatteten Anleihe bisher unausgenützte Gelder aus ihren Schlupfwinkeln hervorzulocken und sie dem großen Zweck der Arbeitsbeschaffung dienstbar zu machen.

Lilli Halls Weg

von Edmund F. Sabott

heißt das neueste Werk, mit dem wir unsere Leser in der nächsten Nummer bekannt machen. Ein herzerfrischender, humorvoller Zeitroman, der ein junges Mädchen von großer Lebensenergie, Mut und Selbstständigkeit schildert. Mit fester Hand und sprudelndem Mutterwitz nimmt die Lilli ihr Schicksal in die Fänge. Wir wissen, daß wir mit dieser Veröffentlichung unseren Lesern viele frohe Stunden bereiten werden. Der Inhalt ist kurz folgender: Ein junges begabtes Mädchen ist verarmt genug. Filmidiva werden zu wollen. Ihr erster Ansturm auf den Direktor ist vergeblich. Schließlich aber hat sie Erfolg: Mit lustigen und geschickten Streichen entthront sie die allein herrschende Diva, macht diese in der Öffentlichkeit unmöglich, indem sie deren Eitelkeit und Nichtigkeit vor aller Welt enthüllt. Sie setzt sich selber an die Stelle der Entlassenen und erobert sich das Herz des Filmdirektors.

Das Schuldentilgungs- und Kreditemäßigungs-gesetz, das die Reichsregierung dem Reichstag vorgelegt hat, soll u. a. auch die gesetzliche Basis für eine derartige Anleihe, die bekanntlich als Prämienanleihe gedacht ist, schaffen. Das Gesetz bestimmt in der Hauptsache folgendes: Ebenso wie in den Haushaltsplänen 1931, 1932, 1933 werden auch in die Haushaltspläne für 1934 und 1935 indessen je 420 Millionen Reichsmark zur Tilgung der schwebenden Schuld des Reiches eingestellt. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, im Wege des Kredits zu beschaffen: 240 Millionen Reichsmark zur restlichen Deckung des Fehlbetrages im ordentlichen Haushalt 1930, 500 Millionen Reichsmark zur Deckung des geschätzten Fehlbetrages im ordentlichen Haushalt 1931, 550 Millionen Reichsmark zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts aus früheren Rechnungsjahren.

Schließlich wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, für Siedlung, Meliorationen, Beschäftigung Jugendlicher und sonstige Arbeitsbeschaffung Geldmittel durch Ausgabe von Schuldverschreibungen zu beschaffen, und die Höhe des jeweils zu beschaffenden Betrages festzusetzen. Er ist ermächtigt, für die Schuldurkunden hinsichtlich der Anleihebeträge, der Zinsen und der etwaigen Prämien Steuerbefreiungen zu gewähren, und darf auch Inhaberpapiere mit Prämien ausgeben.



Die Aufbahrung des Präsidenten Doumer. Nach der Einbalsamierung wurde Präsident Doumer im Elisee aufgebahrt. Dort nahmen die Trauernden von ihm den letzten Abschied.

Der Reichsbankausweis vom 7. Mai.

Die erste Maiwoche hat der Reichsbank eine Entlastung der Kapitalanlage im Gesamtbetrage von 187 Millionen gebracht. Hiervon entfallen 171 Millionen auf Rückgang der Lombardforderungen. Der Notenumlauf ging um 137 auf 3991 Millionen Reichsmark zurück. Wie gewöhnlich in der ersten Hälfte des Monats hat die Reichsbank wiederum einen Verlust an Deckungsmitteln erfahren und zwar in Höhe von 5,1 Millionen. Der Goldbestand beträgt jetzt nur noch rund 850 Millionen. Das Deckungsverhältnis ist von 24 auf 24,7 v. H. gestiegen.

Rekordfahrt von „Graf Zeppelin“.

In 77,5 Stunden von Pernambuco an den Bodensee.

Friedrichshafen, 11. Mai.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Dienstag gegen 8.30 Uhr früh von seiner Fahrt nach Südamerika zurückgekehrt.

Es hat auf dem Rückflug eine neue Höchstleistung vollbracht, da es an reiner Fahrtzeit von Pernambuco bis nach dem Bodensee nur 77,5 Stunden benötigte, gegenüber der durchschnittlichen Normalfahrtzeit von rund 85 Stunden. Dieser Erfolg ist auf die günstigen Windverhältnisse während des Fluges und nicht zuletzt auf die gute Navigierung zurückzuführen.

Um 8.45 Uhr ging das Luftschiff über dem Flughafen bis auf etwa 30 m herunter und warf mittels Fallschirmes zwei große Postfäcke ab. Da jedoch ein außergewöhnlich starker Westwind bis zu 12 Sekundenmetern wehte, konnte es nicht landen. Auch nicht bei einem zweiten Versuch um 9.10 Uhr. An Bord befinden sich 13 Fahrgäste.

Die Landung.

„Graf Zeppelin“ ist am Dienstag nach fünf stündiger Fahrt über dem Bodenseegebiet 13.45 Uhr ohne Haltetaue abzuwerfen gelangt. Die Landung konnte wegen des anhaltenden heftigen Weststurmes nicht eher erfolgen.

Famillientragödie.

Ehefrau ermordet Mann, verlegt Schwiegermutter schwer und begeht Selbstmord.

Stendal, 11. Mai.

In der Nacht zum Dienstag erschlug in Groß-Möhringen die 21-jährige Ehefrau Reimann ihren Ehemann und verlegte ihre Schwiegermutter, die dort zu Besuch weilte, schwer. Der Mann war sofort tot, die Schwiegermutter wurde mit lebensgefährlichen Schädelfrakturen in das Stendaler Krankenhaus eingeliefert. Die Täterin entfloh und ließ sich bei Groß-Möhringen von einem Juge aberschlagen.

Der Grund zu der Bluttat ist in ehelichen Zwistigkeiten zu suchen. Der Tagelöhner Kurt Reimann wollte sich von seiner Frau scheiden lassen. Nach einer am Abend vorausgegangenen Auseinandersetzung ergriß die Frau nachts ein Messer und schlug die Bluttat aus, während ihr Mann und ihre Schwiegermutter im Schlaf lagen. Nach der Tat ließ sie sich von dem D-Jug Hannover-Stendal überfahren. Sie war sofort tot. Zwei Kinder im Alter von ein und zwei Jahren sind zurückgeblieben. Die alte Frau ist im Stendaler Johanniter-Krankenhaus wenige Stunden nach ihrer Einlieferung gleichfalls gestorben.

Welt und Leben.

Salz zum Gurgeln.

Salz ist für den Menschen ein wertvoller Freund, vor allem in der kälteren Jahreszeit. Wenn wir mit Salzwasser gurgeln, besonders wenn wir eine Erkältung verspüren, wird sehr oft der Feind gekillt, bevor er sich breit machen kann. Das Gurgeln ist bei Husten, Schnupfen, Heiserkeit oder geschwelltem Hals mehrmals täglich zu wiederholen. Salzwasser hat außerdem einen sehr guten Einfluss auf die Beschaffenheit des Gaumens. Auch zum Putzen der Zähne ist es mit Vorteil zu verwenden. Wenn man sich bei Ermüdung die Augen mit Salzwasser auswäscht, wird man sich gleich wohltuend erfrischt fühlen, und zwar nimmt man zu diesem Zweck am besten möglichst warmes Salzwasser. Für Fußbäder ist ebenfalls Salzwasser sehr zu empfehlen; bei empfindlicher Haut wird es sich sehr wohltätig erweisen.

Das Gnadenhaus.

Roman von Helene Heilig-Tränker.

(Nachdruck verboten.)

(90. Fortsetzung.)

Dann wurde die Versammlung in Anbetracht des traurigen Ergebnisses geschlossen, und die Menge ging erschüttert, neugierig, geküßt, aus der Stimmung gerissen und deshalb unbesiegt, in die warme Nacht hinaus.

Arnold Wiegand schlug noch einmal die Augen auf. Er suchte die Seinen.

„Valentine“, flüsterte er.

„Ja, Arnold, ich bin hier“, erwiderte diese mit tränenerfüllter Stimme.

„Friedrich!“

„Ja, Arnold, mit Will!“

Da schloß er die Augen, ein müder, kampfermatteter Mann.

„Vater!“ Will suchte nach der Hand, die sich leise hob und wie suchend in die Luft griff. Sie suchte nicht zurück, sie blieb in Wills warmer, fester Hand.

Da — ein Glanz, wie als ob die Verkörperung eines gottgewordenen Gedankens sich über den hilflosen Gotteslästerer ergoß — die Augen öffneten sich weit — ein Bittern, riefelte über den Körper, der sich streckte zum Schloß für die Ewigkeit.

Arnold Wiegand war nicht mehr unter den Lebenden.

Leise schrie Valentine auf, sie sah es zuerst und drückte ihm zitternd die Augen zu.

18.

Das Leben geht Schritt um Schritt an den Ereignissen vorbei, und sie selbst verfließen vor denen, die sich von neuem ihnen anreihen.

Die Saalensfelder hatten Will Wiegand zu ihrem Pfarrer gewählt. Nun wohnte er mit Valentine draußen im Pfarrhaus und brachte einen neuen, belebenden Geist unter die Gemeinde.

Es kamen Gesellin, Gelehrte und Gleichgesinnte von weither

und suchten ihn auf, und das Pfarrhaus zu Saalensfeld bildete gastlichen Mittelpunkt für alle, die Will Wiegands Wege folgten. Valentine sah oft besorgt auf den jungen, in angestrengter Arbeit sich aufopfernden Geistlichen und forschte in seinen Augen nach dem Ausbruch wahren Friedens. Sie fürchtete, daß seine Jugend ihm doch einmal den Vorwurf nicht ersparen würde, sie nicht gemüht zu haben.

Aber in seinem ganzen Wesen lag nur Ruhe und Abgeklärtheit. Sie ließ einmal ihren Befürchtungen Worte:

„Wirst du nicht doch danach trachten, dir einen Hausstand zu gründen, mein Junge?“

Sie nannte ihn gern so, wie sie es früher stets getan.

Er aber schüttelte den Kopf.

„Mutter, ich bin glücklich geworden, das macht mich ruhig, und was den Hausstand betrifft, du bist ja da, laß uns beisammen bleiben, ich habe nicht Zeit zum Glück des Alltags.“

Und sie rührte nicht mehr daran.

Sie folgte seinen Gedankengängen und schritt mit ihm dorthin, wohin er sie führte.

Arnold Wiegands Geist war nicht erloschen, aber es war ein anderer, jüngerer, lebendigerer in das Pfarrhaus eingezogen. Der lernte von dem alten und schöpfte aus seinen Quellen.

In seines Vaters verborgenen Aufzeichnungen las er die stillen Gedanken von Gott und Menschenliebe, die ihm sein Vater so viel näher brachten, als er ihm je im Leben gestanden.

Wie es immer geht, wenn ein Mensch von uns gegangen und alles Körperliche abgestreift hat, bleibt nur der große Gedanke seines Lebens übrig, der sich in uns einträgt zu heiligem Wehgedanken für ihn.

So blieb Arnold Wiegand seinem Sohne.

Als Will erfahren, daß nicht er Schuld an seines Vaters Tode hatte, sondern daß sein krankes Herz schon wiederholt Mahnungen des Todes geschickt, lernte er ruhiger werden und setzte sein Leben fort.

Renate wollte nicht mehr fort aus der Heimat.

Aus Nah und Fern

Frankfurt a. M. (Billige Schreibmaschinen.) Vor einigen Tagen ist in Frankfurt ein Betrüger aufgetaucht, der es auf Schreibmaschinen abgesehen hatte. Er erschien in einem hiesigen Geschäft, legitiimierte sich mit einem Wiener Reisepaß als Karl Beranek und es gelang ihm tatsächlich, eine Schreibmaschine herauszubekommen. Er hat, wie die Polizei inzwischen festgestellt hat, den gleichen Trick auch in Wiesbaden in zwei Geschäften mit Erfolg verübt. Er gab an, in Frankfurt in der Hugoburger Straße zu wohnen. Seine Angaben treffen jedoch nicht zu. Beranek ist mit den erschwundenen Schreibmaschinen, die er wahrscheinlich inzwischen verkauft hat oder zu verkaufen sucht, verschwunden.

Hanau a. M. (Schwerer Sturz vom Motorrad.) Infolge eines Reifendefektes stürzte unweit des Bahnüberganges Wolfgang ein Motorradfahrer mit Sozius derart unglücklich, daß er mit einem Schädelbruch in bewußtlosem Zustand ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Es handelt sich um den 45-jährigen Weichbindermeister Stein aus Kahl. Sein Beifahrer kam mit dem Schrecken davon.

Marburg. (Endgültige Entscheidung über die Festspiele.) Die Frage der Marburger Festspiele ist nun endgültig entschieden. Sie werden auch in diesem Jahre fortgesetzt und zwar wiederum unter der Leitung des Universitätsrektors Dr. Budde, der die Spiele diesmal in eigene Regie übernommen hat. Die Stadt hat sich lediglich mit einem Zuschuß an den Festspielen beteiligt und übernahm die Verpflichtung, das Schlossparktheater spielfertig zu übergeben und die Beleuchtung zu stellen. Die übrigen Mittel wurden vom Universitätskuratorium und der Bürgerschaft aufgebracht. Es ist so Gewähr gegeben, daß die Spiele auf der gleichen Basis wie bisher weitergeführt werden können. Der Beginn der Spielzeit wurde auf den 11. Juni festgelegt. Der Spielplan sieht „Till Eulenspiegel in Marburg“ und „Faust“ (Erster Teil) vor, außerdem „Der Sommernachts Traum“ und „Hermanns Schlacht“.

Marburg. (Tödlicher Unfall am Steuer des Lastwagens.) Der im Vorort Rödelheim bei Frankfurt wohnhafte Chauffeur Richard Müller war mit seinem Fernlastwagen unterwegs. Auf der Landstraße hinter Schönstadt ist Müller am Steuer seines Wagens eingeklappt. Nach kurzer Zeit rannte das Fahrzeug gegen einen Chauffeebaum, so daß Müller gegen das Steuer gerückt und schwer verletzt wurde. Sein Beifahrer, der gleichfalls eingeklappt war, kam mit geringen Verletzungen davon. Müller ist kurz nach der Einlieferung in die Marburger Klinik gestorben.

Oberkaufungen. (Keine Unterstützung ausbezahlt.) Am Fälligkeitstage konnte die Gemeinde, die sich in schlechter finanzieller Lage befindet, keine Unterstützung ausbezahlen, so daß sie jetzt mit 100 Prozent der Unterstühtungen im Rückstande ist. Der Anteil des Kreises wurde bereits früher zu Restzahlungen verwendet. Wenn es auch bisher nicht zu Unruhen kam, so muß die Lage doch als außerordentlich ernst bezeichnet werden. Die Gemeinde ist mit den Geschäftsleuten wegen Warenabgabe auf Kredit in Verhandlungen getreten. Wenn auch für die nächsten Wochen eine Staatsbeihilfe zugesagt ist, so bedeutet auch dieser Zuschuß noch keine endgültige Lösung.

Rassel. (Kein Geld mehr für Wohlfahrts-erwerbslosen.) Bekanntlich hatte der Kreisaußschuß im April neue Richtlinien und neue Richtsätze für die Wohlfahrts-erwerbslosen herausgegeben. Als Ende vergangener Woche die Wohlfahrts-erwerbslosen in Oberzwehren ihre Unterstützung nach diesen neuen Sätzen ausbezahlt erhielten, entstand unter den von den Kürzungen Betroffenen eine starke Erregung. Es wurde eine Kommission zum Bürgermeister entsandt, die sofortige Nachzahlung der abgezogenen Beträge forderte. Am Abend fand eine Sitzung des Gemeindevorstandes statt, zu der auch die Kommission der Wohlfahrts-erwerbslosen zugezogen wurde.

Darmstadt. (Wegen Beleidigung verurteilt.) Wegen öffentlicher Beleidigung und Verleumdung der sozialdemokratischen Bürgermeisterin Anthes von Eggelsbach verurteilte das Bezirksöffengericht den Redakteur der in Eggelsbach erscheinenden kommunistischen Flugchrift „Eggelsbacher Leuchte“ zu fünf Monaten und zwei Wochen Gefängnis; es handelt sich bei dem Angeklagten um den Maurer Seibert, dessen jugendlicher Sohn wegen Verbreitung der Beleidigungen entzweienden Schriften zu 25 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Ein kommunistischer Funktionär, der Stukateur Schmidt, erhielt als Verurteilter eines der inkompetenten Richter zwei Monate Gefängnis.

Friedberg. (Der Landesvorstand des Hessischen Landbundes, Dr. v. Helmolt, hat an den hessischen Innenminister ein Telegramm gerichtet, in dem er nachdrücklich gegen das Verbot der schwarzen Fahne protestierte. Die schwarze Fahne ist das Symbol der Bauernnot, keine Parteifahne. Die Regierung solle sich mehr um die Not als um die Fahnen bekümmern. Das Verbot sei zudem verfassungswidrig und führe zu Untrüglichkeiten. Der Landbund lehne jede Verantwortung ab.)



Bildtelegramm von der Lyoner Katastrophe.
Infolge eines Erdbebens sind in Lyon zwei mehrstöckige Häuser vollständig eingestürzt. Etwa 27 Menschen fanden dabei den Tod.

Mainz. (Politische Schlägerei vor Gericht.) Nach einer Wahlversammlung in Gonsenheim kam es abends auf der Straße zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern des Reichsbanners. Die Schuld lag auf beiden Seiten. Ein Reichsbannermann verletzte einen an dem Streit aktiv beteiligten Nationalsozialisten mittels eines nicht mehr festzustellenden harten Gegenstandes, angeblich eines Schlagringes sehr erheblich. Der Einzeltäter erblickte in dem Vorfall eine Ueberschreitung der Notwehr und erkannte auf eine Geldstrafe von 25 Mark. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hob die Strafkammer in Mainz das Urteil auf und verurteilte den Reichsbannermann unter Annahme mildernder Umstände wegen gefährlicher Körperverletzung zu drei Wochen Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß Geldstrafen zur Sühne von Rohheitsakten bei politischen Ausschreitungen nicht ausreichend seien.

Hersfeld. (500 Jahre Hersfeld.) Vom 20. bis 28. August hält der Verein für hessische Geschichte und Landeskunde hier seine Jahreshauptversammlung ab. Verbunden damit ist eine Jubiläumsfeier der 500-jährigen Zugehörigkeit Hersfeldens zu Hessen. Im Jahre 1435 stellte der Abt Albrecht die Abtei Hersfeld unter den Schutz Hessens. Das vorläufige Programm der Tagung sieht u. a. eine festliche Beleuchtung des Kurparkes vor, ferner soll für die auswärtigen Teilnehmer eine Besichtigungsfahrt nach Buchenau mit seinen Schlössern erfolgen.

Alsfeld. (Ein Flugtag mit dreifachem Pech.) Der Verein Luftsport Hessen von Mainz veranstaltete hier einen Flugtag, der vom Mißgeschick verfolgt war. Ein Flugzeug mußte kurz nach Beginn der Veranstaltung infolge eines Propellerbruchs außerhalb des Flugfeldes niederlegen, an einem anderen Flugzeug trat während der Vorführung ein Bruch der Deckschuh ein, so daß die Maschine außer Betrieb gesetzt werden mußte, und ein drittes Flugzeug mußte auf der Heimfahrt nach Mainz gleich nach dem Start eine Notlandung vornehmen. Glücklicherweise sind bei allen drei Unfällen Menschenleben nicht zu Schaden gekommen.

Schöneberg. (3000 Forellen dem Verderben preisgegeben.) Eine unglaublich rohe Tat begingen zwei junge Leute aus Stockhausen und Eudenberg, die den Plan gefaßt hatten, aus dem Weiher eines Landwirtes aus Birkenfeld Forellen zu stehlen. Um schneller zum Ziel zu gelangen, öffneten sie einfach die Schleusen des Weihers, so daß dieser völlig leer lief. Etwa 3000 Forellen verendeten dabei auf den angrenzenden Wiesen, wo sie infolge des Sauerstoffmangels lebhafte Rettung gesucht hatten. An demselben Tage nahm ein Oberlandjäger die Verfolgung der Täter auf, die dank der Mithilfe einiger Zivilpersonen bald ermittelt werden konnten. Bei der Hausdurchsuchung in Stockhausen wurde noch eine große Menge der gestohlenen Fische aufgefunden.

Friedberg. (Tödlicher Motorradunfall.) In der Nacht ereignete sich hier ein schmerzlicher Motorradunfall. Ein Motorradfahrer aus Windecken stürzte auf der glatten Straße vor der Unterführung nach Obermößstadt. In schwerem verletztem Zustand wurde er ins hiesige Bürgerhospital gebracht, wo er nach einigen Stunden starb.

Mainz. (Zuchthaus für ungetreuen Wandbeamten.) Der Reichsbahnassistent Heinrich Schneider aus Mainz hatte in seiner Eigenschaft als Beamter der Reichsbahn des Direktionsbezirks Mainz fortgesetzt Beträge in Höhe von insgesamt 1583 Mark veruntreut und in diesem Zusammenhang Bücher und Urkunden gefälscht. Das Bezirksöffengericht Mainz verurteilte den Angeklagten wegen Untreue im Amte zu einem Jahr Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe.

Zirkus Gleich fordert von England Schadenersatz für Einreiseverbot. In Verbindung mit dem vom englischen Reiseamtminister erlassenen Einreiseverbot für die Mitglieder des Zirkus Gleich veröffentlicht ein Londoner Blatt eine Mitteilung des Londoner Vertrauensmannes des Zirkus, in der dieser sagt, daß von deutscher Seite aus Schadenersatzansprüche in Höhe von 80 bis 100 000 Pfund angemeldet werden würden.

Bombenanschlag. Das amerikanische Konsulat in Nagasaki ist durch einen Bombenwurf leicht beschädigt worden. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Täter sind unbekannt entkommen.

Unerfüllbar gewordene Bauparverträge.

Bedeutende Gerichtsentscheidungen.
In letzter Zeit haben Bauparater in wachsendem Umfange ihre Sparleistungen an Bauparaffen eingestellt. Teilweise, weil ihnen die Betr. Unternehmen nicht mehr sicher genug erschienen. Zum Teil aber auch, nachdem sie erkannten, daß — angesichts der mit dem Nachlassen des ersten Zustromes immer länger werdenden Wartezeit bis zur Darlehensauszahlung — der Zinsverlust beim Ansparen bei den hohen oder fast hohen Zinsen für die Einzahlungen verfallenden Bauparaffen immer größer wird. Verschiedene Bauparaffen haben daraufhin diese Bauparater verklagt, um sie dazu zu zwingen, die mit Abschluß der Bauparverträge übernommenen Verpflichtungen zur Einzahlung der monatlichen Mindestbeiträge weiter zu leisten. Die Gerichte sind aber zu einer für die Bauparater günstigen Auslegung der Bauparverträge gekommen.

So hat ein Berliner Amtsgericht die Verpflichtung der Bauparater zu Leistungen aus den Bauparverträgen verneint. Mit der Begründung: Die Bauparaffen seien gar nicht in der Lage, die bei Entgegung der Bauparverträge unterstellten Leistungen zu erfüllen. In diesem Urteil heißt es wörtlich: „Selbst wenn eine bewußt betrügerische Handlung der Bauparaffe bei Vertragsabschluß entstände, ist der Vertrag so, wie die Verhältnisse sich heute gestaltet haben, nicht mehr erfüllbar. Die Bauparater haben keine Aussicht, die Vertragsleistungen so zu erhalten, die Bauparaffe hat keine Möglichkeit, sie so zu erfüllen, wie es bei Vertragsabschluß von beiden Parteien beabsichtigt wurde. Das System der Bauparaffen kann funktionieren, solange der Zustrom neuer Kunden anhält. Mit dem Augenblick, in dem eine schwere wirtschaftliche Krise einsetzt, muß der Zustrom nachlassen. Die Rückzahlungen müssen unsicher werden. Auch die Einlagen müssen in einer Weise nachlassen, die der Bauparaffe die Verwirklichung der letzten Antragskette unmöglich machen. Die jetzigen Umstände, vor allem die zur Abwicklung der Darlehen notwendige Zettspannung, haben die Bauparater sich so, wie sie sich tatsächlich gestaltet, nicht vorgestellt. Der Vertrag ist mithin so, wie er von beiden Parteien gemeint war, überhaupt unerfüllbar geworden. Mindestens liegt also der Fall des § 323 BGB. vor. Die Vertragsleistung ist praktisch unmöglich geworden.“

Diesem Urteil haben sich inzwischen bereits weitgehend auch andere Gerichte angeschlossen. Für die Bauparater folgt daraus, daß sie zur Welterleistung von Sparbeiträgen — ohne Aussicht auf den feinerzeitigen Zuzug entsprechende Darlehensauszahlung in absehbarer Zeit — nicht gezwungen werden können.

Das Gnadenhaus.

Roman von Helene Helbig-Tränkner.
(Nachdruck verboten.)

(61. Fortsetzung.)

Noch eine war von der Saalensfelder neuen Gemeinde angenommen worden, hatte in der Stadt ihre Arbeitsstätte verkauft und sah nun hier unter grünen Nadelbäumen, wo sie ihre Heimat gefunden.

Das war Lisa Hausmann.

Sie wollte dem, der ihr nahe stand von Bluts wegen, und denen, die sie liebte von Herzensgrund, nicht länger fern sein. Seit sie Brigitte glücklich wußte, fand sie es für besser, die beiden ihrem Glück zu überlassen. Vielleicht gab es hier draußen manch einen oder manch eine, die ihrer dringender bedurften.

Des Sonntags bedeckten sie im Pfarrhaus den Tisch unter den Linden vor der Tür und harrten derer, die aus der Stadt in die grüne Heimat kommen sollten.

Helga, die man bei der Altmannia nicht fortlassen wollte, mußte noch ein Weilchen auf ihr Glück warten, aber auch nur so lange, bis Harald Keuner, den man zum Direktor der Gesellschaft gemacht, einen vollständigen Erlaß für sie gefunden hatte, und daß er sich eifrig darum bemühte, wußte sie nur zu gut.

Sie kamen beide und holten sich neue Kraft hier draußen für die Arbeit der Woche.

Und sie saßen alle beisammen unter den schattigen Bäumen und sahen in die üppige Gasse, die sich dem Herbst neigte und die goldenen Früchte reifen ließ.

Helga band einen Strauß von Lenkosen und Astern, und Brigitte legte blauen Phlox zu, und dann gingen sie alle auf den Friedhof, wo unter der Weide, wie er sich's gewünscht, der Parrer

von Saalensfeld schlummerte. Ihm schmähten seine Kinder das Grab.

Lisa Hausmann schritt neben Valentine, denn die beiden Frauen trugen gemeinsame Lasten auf ihren Schultern, den reichen, wachsenden Hausstand des geistlichen Hauses.

„Vielleicht war es nicht gut, daß ich damals bei Euch anklopfte, Valentine“, sagte sie einmal. „Wir sind wohl zueinander gewachsen und vermögen nun nicht mehr, uns zu trennen, aber den Kampf im Hause, den habe ich mit hineinbringen helfen, als ich den neuen Geist in Euren Kindern pflanzte.“

Valentine schüttelte den Kopf.

„Nein, Lisa, es war wohl sein Schicksal, daß er an diesem Kampfe zugrunde ging, weil er nicht vermochte, ihn niederzuzwingen, und weil er den Weg verloren hatte, der neben seinen Kindern hinführte. Das Stedenbleiben in tausend alten Grundbesitzen, die man wie einen Alltagsrod liebt und nicht auszulassen vermag — das war es.“

„Aber das Haus der Gnade ist das Pfarrhaus doch geblieben“, versetzte Lisa.

„Er hat es mit seinem Tode gerettet.“

Sie gingen schweigend weiter in den herbstlichen Abend. Valentine sah in die Ferne. Vor ihr schritten ihre vier Kinder und die, die sie sich zu Gefährten des Lebens gewählt.

„Wir lassen sie an uns vorbei, und sie gehen vor uns her, wir können ihnen nur noch winken, mit einem gütigen, verstehenden Blick, das ist unser Schicksal“, sagte sie dann, und Lisa nickte: „So ist es. Ihr gebt sie ja der Welt und dieser das Recht, sie zu formen, ihnen ein neues Lebensbild zu verleihen, nach dem sie streben, und das ihnen die Richtung gibt.“

Valentine sah gedankenvoll auf ihre Begleiterin.

„Du hast immer einen klaren, warmen Blick gehabt, Lisa, er wäre an deiner Seite besser aufgehoben gewesen, ich fand nicht

die klare Linie, um sie ihm zu weisen. Warum hat Gott dich einlam gehen lassen?“

Da lächelte die einsame Frau.

„Er hat mir dafür sein Herz voll Liebe und Verstand gegeben, es ist immer und überall ein Ausgleich.“

Da wendete sich plötzlich Martin Langhammer zu den Frauen.

„Mutter!“ Er sagte das Wort jetzt so oft voll befehlender Güte und ehrfürchtigem Stolz.

„Möchten wir nicht heimgehen? — Ich — es könnte Renate zu viel werden!“

Valentine sah ihn erstaunt an, aber er achtete nicht darauf und fuhr schon fort:

„Ich weiß, daß du stets Anteil an meiner Kunst genommen. Ich will der Schmerzgemutter ein Gegenstück geben, gestern hab' ich es bekommen. „Die Mutter des Glases“, dann hab' ich Euch beide. Aber ich warte noch eine kleine Zeit.“

Da sagte Valentine nach seiner Hand.

In schweigendem Gange schritten sie nebeneinander dem Gnadenhause zu, die Dämmerung brach herein, es war leicht und noch nach leiser fallendem Laube. Drin, aber wogte eine warme, wohlthuende Freundlichkeit. Licht flutete durch die Stuben, und der Familientisch stand gedeckt.

Valentine blieb zurück, ihre Hand lagte nach ihrem Herzen und ihr Haupt neigte sich zu Boden.

„Gib dem Leben, das aus diesem Hause weiterstreitet, deine führende Hand, Herr!“ betete sie in ihrem Innern. Dann trat sie zu Renate und lächelte sie warm und sinnig.

(Ende.)